Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 21 821
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

vom 03. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Dezember 2019)

zum Thema:

Die Schule als Hochsicherheitstrakt – ‚NETWASS' und Metalldetektoren an Schulen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

und **Antwort** vom 18. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Dez. 2019)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21821
vom 3. Dezember 2019
über Die Schule als Hochsicherheitstrakt – ‚NETWASS' und Metalldetektoren an Schulen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorwort: Das von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Projekt NETWASS (*Networks Against School Shootings*) soll ein „neuer Ansatz für Früherkennung...an über 100 Schulen in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg" sein. Teil dieses Projekts ist auch die infrastrukturelle und personelle Wappnung von Schulen gegen neue Herausforderungen wie Terrorismus, Amokläufe, illegaler Waffenbesitz und ähnliche Verstöße, mit denen sich Bildungs-und Jugendeinrichtungen konfrontiert sehen.

Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz obliegt den Bezirken die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemein bildenden öffentlichen Schulen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule, insbesondere der Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulen.
Die Schriftliche Anfrage betrifft daher auch Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt wurde.

Der Verwaltung wurden nachfolgende Aussagen übermittelt:

1. Wurden Schulen (im primären und sekundären Bildungsbereich) im Bezirk Steglitz-Zehlendorf in das Netzwerk einbezogen? Wenn ja, welche?

Zu 1.:

Nein.

2. Wie hat sich das Projekt NETWASS auf die Arbeit mit Themen der Bedrohung durch Waffen oder Selbstschutz in dieser(n) Schule(n) konkret ausgewirkt?

Zu 2.:

Entfällt (siehe 1.)

3. Gab es seit Projektbeginn bereits Vorfälle von Verstößen gegen das WaffG als Gesamtes an Schulen innerhalb des Bezirkes Steglitz-Zehlendorf? Welche Schulen waren betroffen? Insofern es zu Verurteilungen Minderjähriger kam, bitte um Auflistung nach Verstoß und Strafmaß.

Zu 3.:

Hierzu liegen keine Angaben vor.

4. Sind bereits Schulen im Bezirk mit Metalldetektoren oder ähnlichen Vorkehrungen des gesicherten Einlasses ausgerüstet? Wenn ja, Bitte um Nennung der Schulen und Form der Aus- bzw. Nachrüstung.

Zu 4.:

Nein.

5. Wie bewertet der Senat das Projekt NETWASS als Gesamtes und seinen Beitrag zu der Herstellung sicherer Schulen in Berlin?

Zu 5.:

Zur Bewertung des NETWASS Programms verweist der Senat auf die Ausführungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Heft 54 „Gewalterfahrung und Lebenslage - eine Dunkelfelduntersuchung an Schulen in Berlin“, Seite 101, aus dem Jahr 2015 (https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2015/artikel.247803.php <https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2015/artikel.247803.php>)
sowie das Portal „Grüne Liste Prävention“ (https://www.gruene-liste-praevention.de/nano.cms/datenbank/programm/67).
Die Effektivität des Programms ist nachgewiesen. Dieses Portal listet auch die Fortbildungsprogramme, welche in Berlin bereits seit Jahren umgesetzt werden.

Berlin, den 18. Dezember 2019

In Vertretung

Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie